

# KONGRESSDIENST

**Hamburg**  
3. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES MÄRZ 1960  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik. N U M M E R 2





„Zelte weg — Namen her!“  
 Demonstration in Harrington (England)  
 Siehe Bericht auf Seite 3

## Wichtige Hinweise

Wir erlauben uns, die Leser des KONGRESSDIENSTES noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir auf die finanzielle Unterstützung jedes einzelnen angewiesen sind. Wir wären daher dankbar, wenn Sie Ihren jährlichen Unkostenbeitrag von DM 10,— (der den freien Bezug des KONGRESSDIENSTES einschließt) schon möglichst bald bezahlen würden. Auch an unsere Bitte um Unkostenbeiträge zu den Reisekosten möchten wir noch einmal erinnern.

Die Redaktion des KONGRESSDIENSTES bittet alle Leser, sie in ihrer Arbeit durch Einsendung von Berichten über durchgeführte Veranstaltungen, Hinweise auf geplante Kundgebungen usw. zu unterstützen. Auch Beiträge zu unserer Diskussion („Ist die Arbeit des STÄNDIGEN KONGRESSSES richtig?“ — vgl. Seite 11) sind erwünscht.

Auf der Rückseite von Nr. 1/1960 des KONGRESSDIENSTES hatten wir ein Flugblatt abgedruckt, das vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Hochschulgruppe Münster, vor der dortigen Schlamm-Veranstaltung verteilt worden war. Durch ein bedauerliches technisches Versehen ist ein entsprechender Hinweis unter dem Abdruck leider unterblieben. Es ist keineswegs unsere Absicht gewesen, den Text dieses Flugblattes als reaktionellen Beitrag und das mit abgedruckte Impressum des SDS als Impressum des KONGRESSDIENSTES erscheinen zu lassen.

D.Red.

# Nun ist es aber wirklich genug!

Lieber Kongressdienst-Leser!

Am Morgen des 13. Februar erschreckte uns alle der Rundfunk mit der Meldung von der erfolgreichen Zündung der ersten französischen Bombe in der Sahara. „Klarer als irgendeine andere Tatsache zeigt die Explosion der ersten französischen Atombombe die Gefahr für die Menschheit, wenn diese Bewaffnung nicht vom Erdboden radikal verschwindet“, hat unser Bundeskanzler kurz nach der Explosion Presseberichten zufolge in Köln gesagt. (Wie bisher auch, wird leider damit zu rechnen sein, daß er seine Worte nicht ernst nimmt) Wir stellen mit Freuden fest, daß wir hier mit ihm einer Meinung sind. Was für die Bomben von Hiroshima und Nagasaki galt, das gilt in ähnlicher Weise auch für die, die jetzt in der Sahara explodierte: Wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, dann nur den, daß durch sie die Weltöffentlichkeit aufgerüttelt wird, daß ihr handgreiflich deutlich gemacht wird, auf welchen Abgrund wir zusteuern, wenn wir nicht das Steuer noch in letzter Minute herumwerfen.

Überall in der Welt ist die Empörung groß; von Protestbriefen bis zu ernstesten wirtschaftlichen und diplomatischen Schritten reicht die Skala der Reaktionen. Lediglich unserem Bundespresseschef, Felix von Eckhardt, blieb die Erklärung vorbehalten, Frankreich habe nichts getan, was es mit seinen Souveränitätsrechten nicht in Einklang bringen könne, und im übrigen handele es sich dabei um eine begrüßenswerte Stärkung des verbündeten Landes und der NATO. Selbst die Regierung Japans, die soeben die Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes unterschrieben hat, protestierte in Paris energisch — nur die Bundesregierung macht eine unrühmliche Ausnahme und stellt sich hinter de Gaulle. Mit welchem Recht beklagen wir uns dann eigentlich, wenn in der Welt mehr und mehr der Eindruck entsteht, das Zentrum des Kalten Krieges läge in Bonn und wir seien diejenigen, die an einer Störung des internationalen „Tauwetters“ am meisten interessiert sind?

Die internationalen Proteste richten sich zunächst gegen die Regierung Frankreichs als den Verantwortlichen. So richtig diese Reaktion auch ist — in ihr liegt jedoch auch eine Gefahr. Wir müssen uns davor hüten, den Protest gegen die Sahara-Tests zu einer anti-französischen Gefühlswelle werden zu lassen. Die jungen Staaten Afrikas und Asiens haben ein starkes nationales Selbstbewußtsein entwickelt und erinnern sich der Kolonialzeit noch recht gut — es ist also verständlich, daß sich hier viel angestautes Ressentiment entlädt. Aber der entscheidende Punkt liegt nicht in der Mißachtung des Lebensrechtes dieser Staaten durch Frankreich, sondern in der Gefahr, daß diese Bombe die erste einer ganzen Reihe von weiteren Bomben sein wird. Trotz seiner Kölner

Worte glauben wir dem Bundeskanzler nicht ganz, daß der Gedanke an eine eigene westdeutsche Atombombe ihm so fremd ist, und andere Staaten werden möglicherweise ebenso folgen. Die Spitze darf also nicht in der Verdammung Frankreichs liegen, sondern in der Forderung: „Nun ist es aber wirklich genug!“

Die Chinesen erfanden  
 den Kompaß  
 und durchquerten mit  
 ihm die Wüste,  
 um Wissen von hüben und  
 drüben auszutauschen.

In Europa durchquerte man  
 mit dem Kompaß den Ozean,  
 um andere Völker  
 zu unterdrücken.

Ein Mönch erfand in Deutschland  
 das Schießpulver,  
 mehr Menschen konnten damit  
 vernichtet werden.

Die Chinesen aber, weise,  
 nahmen das Pulver,  
 schufen ein buntes Spiel, daß  
 sich jeder erfreue.

Könnten wir nicht  
 von ihnen lernen?

(von einem zeitgenössischen  
 deutschen Dichter)

Spätestens nach der Explosion der französischen Bombe muß es auch dem letzten Menschen klageworden sein: wenn wir nicht endlich die Bremse festdrehen, dann ist das Verhängnis nicht mehr aufzuhalten. Dringender denn je ist es jetzt nötig, die Stimme zu erheben und gemeinsam mit den Gleichgesinnten in der ganzen Welt auszurufen:

„Wir wollen das Verhängnis aufhalten!  
 Wir wollen LEBEN!“

In diesem Sinne grüßt Sie

Ihr

*Peter Meier*

England:

# Gewaltloser Widerstand gegen Raketenbasen

„Direct Action Committee“ in Aktion — von Brigitte Youngday, London

Neben der „Campaign for Nuclear Disarmament“, der Bewegung für atomare Abrüstung, gibt es in England eine Gruppe, die sich stärker der direkten Aktion und dem gewaltlosen Widerstand verschrieben hat. Wir haben ein Mitglied dieses „Direct Action Committee“ gebeten, uns einen Bericht über die Tätigkeit dieser Gruppe bis hin zu den Vorgängen in Harrington zu geben, wo 82 Demonstranten verhaftet worden waren, weil ihr Sitzstreik „die öffentliche Ordnung störte“.

Das „Direct Action Committee“ hat bereits eine längere Geschichte hinter sich. Vor ungefähr vier Jahren versuchte Harold Steel, auf die Weihnachtsinseln im Stillen Ozean zu gelangen, wo Großbritannien seine Atombombenversuche durchführte; er hoffte, damit entweder den Abbruch der Tests zu erzwingen oder sein Leben bei diesem Versuch hinzugeben. Die Aktion scheiterte daran, daß seine Geldmittel nicht ausreichten, um ein Boot für die Fahrt in das verbotene Gebiet zu chartern. Er war aber entschlossen, den Kampf auf jeden Fall weiterzuführen. Dadurch wurde die Idee des Aldermaston-Marsches geboren.

Zu Anfang waren es nur wenige — ein kleines Komitee wurde gegründet, die pazifistische Wochenzeitung „Peace News“ trug den Gedanken in die Öffentlichkeit. Aber der Widerhall war stark — ungefähr 4000 Menschen marschierten Karfreitag 1958 vom Trafalgar-Platz los, und trotz eisiger Kälte und durchdringendem Regen waren es immer noch 800 auf der Etappe des nächsten Tages von Hounslow nach Maidenhead. Als der Marsch am vierten Tage in Aldermaston ankam, waren es sogar 7000 bis 8000 Teilnehmer, und hunderte von Zuschauern, die mit Autos gekommen waren, säumten die Straßen (1959 waren es dann schon 25 000 Teilnehmer!). Diesem Marsch schloß sich dann eine Mahnwache vor den Toren des Atomforschungszentrums von Aldermaston an.

Viele von uns hatten das Gefühl, daß noch erheblich mehr getan werden müßte. So kam es zur Gründung des „Direct Action Committee“, das im August und September 1958 in Aldermaston eine acht Wochen lang dauernde Mahnwache durchführte, verbunden mit einer Besuchs-Kampagne in der Siedlung, wo die im Raketenforschungszentrum Beschäftigten wohnten; sie sollten dazu überredet werden, ihre Stellungen in Aldermaston als Protest gegen die Herstellung von Wasserstoffbomben aufzugeben.

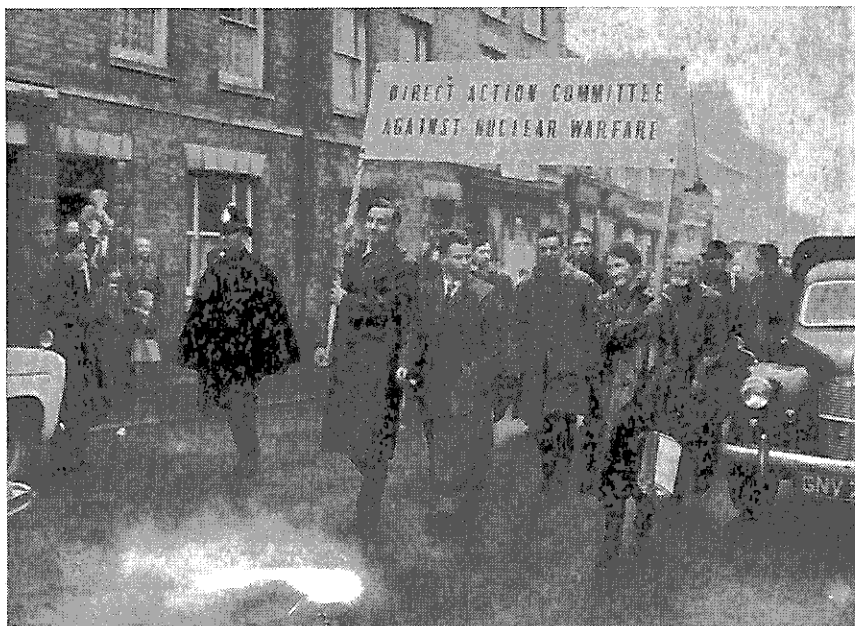
Diese Mahnwache endete damit, daß wir den Parkplatz des Raketenzentrums illegal betreten. Wir erklärten, wir würden trotz des Verbotes dort bleiben, bis uns der Leiter des Aldermaston-Projektes, Sir William Penny, zu einem Gespräch empfinde. Wir waren ungefähr dreißig — einschließlich des bekannten methodistischen Geistlichen Donald Soper —, als wir uns auf dem Parkplatz hinsetzten. Die Werkpolizei forderte uns auf, das Werkgelände zu verlassen, und kün-

digte uns die Verhaftung an, wenn wir dieser Aufforderung nicht Folge leisteten. Dies war unser erster „Widerstand gegen die Staatsgewalt“.

Schließlich wurden wir doch nicht eingesperrt, da man Pfarrer Soper erklärt hatte, wenn wir die Einfahrt nicht blockierten, könnten wir dort eine ganze Woche sitzenbleiben, ohne daß man uns weiter beachten würde. Sir William empfing uns nicht zu einem Gespräch — und so blieben wir auf dem Parkplatz eine ganze Woche lang, Tag und Nacht hindurch. Wir hatten kein Dach über dem Kopf und schliefen auf dem nackten Beton. Näher erhielten wir von einigen Freun-

daß gewaltloser Widerstand gegen die Staatsgewalt möglich und sinnvoll war. Für die nächste derartige Aktion wurde die Raketenbasis North Pickenham in Ostengland ausgewählt, die noch im Bau war. Auch hier wurden wieder Veranstaltungen in den umliegenden Orten durchgeführt und Flugblätter an die Arbeiter verteilt; wir hielten diese Aufklärungsarbeit für eine unaufgebbare Vorbedingung solcher Aktionen. Diese Arbeit war nur unter großen persönlichen Opfern möglich: einige Angestellte des Komitees (rund 150,— DM betrug ihr Monatsgehalt) waren ganztags eingesetzt, hinzu kamen einige Hausfrauen, ein Drucker, der dafür seine Stelle aufgegeben hatte und solange von seinem Stempelgeld lebte, ein Arzt, der sein Haus und seinen Garten zur Verfügung stellte und sich eine Woche lang Urlaub nahm — sie alle setzten sich für das ein, was ihnen eine Notwendigkeit zu sein schien.

An einem Sonnabend im Dezember kamen zahlreiche Demonstranten mit



Auf dem Wege nach Harrington

den, die die Genehmigung hatten, mit ihren Fahrzeugen den Parkplatz zu benutzen, und sanitäre Einrichtungen standen in einem umgebauten Lastwagen zur Verfügung, der gegenüber dem Parkplatz an der Straße geparkt worden war.

Diese Aktion fand einen beachtlichen Widerhall in der Tagespresse; mehrere Zeitungen brachten Bilder von Pfarrer Soper auf der Erde sitzend.

Das „Direct Action Committee“ zog aus dieser Unternehmung die Lehre,

Autobussen aus London nach Swaffham, wo auf dem Marktplatz eine kurze Kundgebung stattfand. Von da marschierten sie die rund drei Kilometer bis zur Raketenbasis North Pickenham. Ein Teil von ihnen benutzte ein Metallschild, das sie als Transparent mit sich geführt hatten, um den niedrigen Stacheldraht zu überschreiten; der Rest fand auf der Rückseite eine Stelle, an der man das Gelände leichter betreten konnte. Die Luftwaffen-Polizei benutzte ihre Wasserwerfer nur für kurze Zeit — sie be-

Die Zeit schreitet voran. Wenn wir den Kampf gegen die H-Bombe gewinnen wollen, dann müssen wir jetzt handeln. Die direkte Aktion ist ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen; und wir glauben, daß dies der schnellste und wirkungsvollste Weg ist.

(aus der Grundsatzklärung des „Direct Action Committee“)

rieselte die Demonstranten nur ein wenig —, stand dann aber Gewehr bei Fuß.

Wir überquerten das Gelände und stellten uns vor den Betonmischer, um zu verhindern, daß die Lastwagen weiterhin mit Beton beladen werden konnten, so daß die Bauarbeiten unterbrochen wurden. Die Polizei rührte sich immer noch nicht — aber die Arbeiter, die die Wagen beluden, richteten ihren Wasserschlauch auf die Demonstranten, die sich so vor die Wagen gesetzt hatten, daß sie nicht weggefahren werden konnten, wollte man nicht die Sitzenden einfach über-

wollten, weil den Fahrern von der Polizei gedroht worden war, sie könnten möglicherweise wegen „Teilnahme an einer Verschwörung“ bestraft werden. Auch die Einwohner von Swaffham waren diesmal erheblich feindlicher eingestellt als vierzehn Tage vorher.

Über 100 Menschen beteiligten sich an dem Marsch zur Raketenbasis, die inzwischen wirkungsvoller eingezäunt worden war. Als die Demonstranten sich dem Haupttor näherten, eröffnete ihnen die Polizei, daß dieser Weg bereits zu dem Gebiet gehörte, das dem Luftfahrt-Ministerium unterstände, und

schriftlich verpflichtete, bis dahin nicht mehr an solchen Demonstrationen teilzunehmen, wurde freigelassen. Nur zwölf Teilnehmer machten aus dringenden persönlichen Gründen davon Gebrauch, während die übrigen bereit waren, bis dahin im Gefängnis zu bleiben; zu ihnen gehörte auch der bekannte Geistliche Michael Scott. Die Tagespresse berichtete ausführlich von diesen Vorfällen; die Tatsache, daß diese Menschen um der Sache willen, die sie vertraten, bereit waren, Weihnachten im Gefängnis zu verbringen, brachte ihnen viel Anerkennung ein. In der Gerichtsverhandlung wurde ihnen die Wahl gelassen



*Aufgeben  
oder  
verhaften lassen?*

rollen. Die Arbeiter versuchten zwar, die Wagen fortzubewegen, aber die Demonstranten saßen unerschütterlich in dem Dreck der Baustelle. Nach etwa zwanzig Minuten trat die Polizei dann doch in Aktion und trug und schleppte uns trotz unseres passiven Widerstandes weg zu den Toren des Geländes. Vom nächsten Morgen an wurde dieses Unternehmen noch mehrmals wiederholt; wir wurden jedes Mal wieder hinausbefördert, Verhaftungen wurden aber nicht vorgenommen.

Zwei Wochen später kehrten wir nochmals nach Swaffham zurück — wir mußten diesmal auf die Autobusse verzichten, die wir wieder mieten

daß sie wegen illegalen Betretens verhaftet werden würden, wenn sie weitergingen. Daraufhin setzten sie sich alle direkt vor dem Haupttor nieder und blockierten so die Einfahrt. Die Polizisten trugen sie einzeln die etwa 200 Meter bis zur Straße zurück, da sie sich zu gehen weigerten — aber kaum hatten sie sie abgesetzt, als sie auch schon wieder zum Haupttor zurückkehrten und sich dort wieder niederließen. Nachdem das dreimal hintereinander erfolgt war, wurden sie wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ verhaftet.

Die Gerichtsverhandlung sollte am 29. Januar 1959 erfolgen — wer sich

zwischen zwei Wochen Gefängnis oder der Abgabe einer Erklärung, daß sie derartige Handlungen innerhalb der nächsten sechs Monate nicht wieder vornehmen würden. Der weitaus größte Teil wählte die Gefängnishaft.

Im Herbst 1959 wurde dann die nächste Aktion beschlossen. Man einigte sich dabei auf die Raketenbasis von Harrington in der Grafschaft Northamptonshire, in deren Umgebung man bereits eine ausführliche Aufklärungstätigkeit durchgeführt hatte. Diese Anlage war schon fertig; man entschied sich daher dafür, den Stacheldrahtzaun zu überklettern und auf ihrem Gelände ein Lager für die Dauer einer Woche als symbolisches Zeichen dafür

zu errichten, daß dieser Grund und Boden friedlichen Zwecken dienen sollte; außerdem wollte man einige kleine Bäume pflanzen. Auf Grund eines Flugblattes, in dem sie diese Pläne veröffentlichten, wurden alle Mitglieder verhaftet. Eine aus dem Jahre 1961 stammende Rechtsnorm gibt nämlich den Staatsorganen das Recht, einen Menschen bis zu sechs Monate lang einzusperren, der sich weigert, eine Versicherung abzugeben, daß er eine bestimmte ungesetzliche Sache nicht tun wird. Bevor das Komitee für zwei Monate ins Gefängnis ging, wurde ein Not-Vorstand gebildet, der die weiteren technischen Vorbereitungen für die Demonstration durchzuführen hatte.

Im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen nahm man davon Abstand, den Zaun zu überklettern. Man wollte ja gerade betonen, daß es sich um **gewaltlosen** Widerstand handele — wenn aber 100 Menschen über den Zaun geklettert wären, wäre er sicherlich erheblich beschädigt worden. Man beschloß daher, wieder einen Sitzstreik vor der Einfahrt durchzuführen und diese damit zu blockieren. Auf einer vorangehenden Versammlung in London wurden die Grundsätze des gewaltlosen Widerstandes ausführlich erörtert. Dabei wurde betont, daß Verhaftete der Polizei keinen weiteren Widerstand — wie etwa Hungerstreiks — mehr entgegensetzen sollten; der Protest richtete sich gegen die Raketenbasen, nicht aber gegen das Gefängnisssystem.

Als die Demonstranten, die die rund sechs Kilometer von Rothwell nach Harrington marschiert waren, dort ankamen, fanden sie ein starkes Polizeiaufgebot und Stacheldrahtrollen vor dem Eingang vor. Sie stellten sich zunächst vor dieser Barrikade auf; eine Delegation der „Campaign for Nuclear Disarmament“, die sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an dem passiven Widerstand des „Direct Action Committee“ beteiligte, marschierte vorbei und senkte ihre Fahnen und Transparente als Zeichen der Solidarität. Ein Lastwagen brachte Zelte und andere Zeltlager-Einrichtungen. Als die Demonstranten versuchten, diese Zelte auf dem bereits zum Luftwaffen-Gelände gehörenden Grasstreifen an der Seite der Straße zu errichten, untersagte die Polizei ihnen das. Als sie sich dieser Aufforderung nicht fügten, verhaftete die Polizei 82 von ihnen, darunter 23 Frauen.

Da sich fast alle der Verhafteten weigerten, eine Verpflichtung abzugeben, sich künftighin nicht mehr an derartigen Demonstrationen zu beteiligen, wurden sie zunächst in polizeilichem Gewahrsam gehalten, bis sie dann von den zuständigen städtischen Behörden „bedingt“ entlassen wurden. Da ihnen aber keine Bedingungen ausgehändigt worden waren, denen sie sich zu unterwerfen hätten, nahmen sie diese Entlassung als „bedingungslose“ Entlassung an. Sie haben sich jetzt einem Gerichtsverfahren zu unterziehen; wir rechnen damit, daß ihnen eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten zugedacht werden wird, da sie sich abermals weigern werden, irgendeine Stillhalte-Verpflichtung zu unterschreiben.



*Polizisten bauen die Zelte ab*

Alle 82 Verhafteten zeigten große Einmütigkeit und sprachen mit **einer** Stimme. Sie bilden einen Querschnitt durch die Bevölkerung, dem lediglich drei Dinge gemein sind: sie sind alle ehrenwerte Bürger, sie haben alle Ansichten über atomare Abrüstung, die sie mit großer Energie und großem Ernst vertreten, und sie sind bereit, sie durchzusetzen, ohne sich um ihre eigene Bequemlichkeit und Sicherheit zu kümmern.

(The Times, 7. 1. 1960)

Man wird an die ersten Gandhi-Demonstrationen erinnert, als der Mahatma den aufgeregten Beamten erklärte, es sei ihre gesetzliche Pflicht, ihn zu verhaften, so wie es seine religiöse und vaterländische Pflicht sei, sich verhaften zu lassen.

(New Statesman and Nation, 9. 1. 1960)

Das „Direct Action Committee“ fügte den Namen Harrington seiner Liste gewonnener Schlachten hinzu.

(The Guardian, 7. 1. 1960)

Das „Direct Action Committee“ hat uns alle durch seinen Mut und durch sein Opfer beschämt. Es sollte uns zumindest daran erinnern haben, daß es nicht ausreicht, bloß Resolutionen (gegen die Atomrüstung) anzunehmen.

(Labour Peace Bulletin, 1/1960)



*Er mußte weggetragen werden*



Ein Demonstrationszug vom Gefängnis Brixton zum Gefängnis Holloway wird heute vom „Direct Action Committee“ durchgeführt werden. Sechs seiner Mitglieder haben heute ihre Strafe verbüßt und werden entlassen werden.

(The Guardian, 13. 2. 1960)



Überall fühlt man sich mit den 82 Verhafteten solidarisch

## Der Brief aus Berlin

Die Redaktion des KONGRESSDIENSTES hatte Prof. Dr. Hagemann, Münster (Westf), um einen Beitrag zu dem Schreiben gebeten, das Ulbricht an Adenauer gerichtet und in dem er die atomare Aufrüstung der DDR für den Fall angekündigt hatte, daß der verhängnisvolle Atom-Beschluß des Deutschen Bundestages nicht rückgängig gemacht würde. Herr Prof. Dr. Hagemann stellte uns dazu freundlicherweise Ausführungen zur Verfügung, die er in ähnlicher Form in einem Vortrag vor der IdK in Stuttgart gemacht hatte; außerdem sind sie inzwischen in der Studentenzeitung „konkret“ abgedruckt worden.

Ende Januar hat Walter Ulbricht einen Brief an den Bundeskanzler gerichtet. Darin schlägt er als Parteichef der SED dem CDU-Parteichef Adenauer vor, eine Volksabstimmung durchzuführen über die allgemeine und vollständige Abrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen. Weit über 100 Vorschläge ähnlicher Art sind im Laufe der vergangenen 10 Jahre durch Instanzen der DDR den Institutionen der Bundesrepublik unterbreitet worden. Alle diese Vorschläge wurden von Bonn ignoriert oder zurückgewiesen. Die Bundesrepublik hat bis heute an ihrem Standpunkt festgehalten, daß sie allein legitimiert sei, im Namen ganz Deutschlands zu sprechen, daß demgemäß ein zweiter deutscher Staat für sie nicht existiert. Auch diesmal hat die Bundesregierung keine Antwort gegeben.

\*

Dennoch hat dieser Schritt aus Ostberlin internationales Aufsehen erregt. Das erklärt sich einmal daraus, daß im Hinblick auf die kommende Gipfelkonferenz die Beziehungen der beiden deutschen Teilstaaten im Ausland aufmerksam beobachtet werden und daß heute auch die Westmächte an dem Zustandekommen gesamtdeutscher Kontakte interessiert sind. Ein ebenso wichtiger Grund ist die Tatsache, daß Ulbricht der Bundesregierung im Falle der Nichtbeantwortung des Briefes gewisse Konsequenzen ankündigt: „Wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik“, so schreibt Ulbricht, „nicht in kurzer Frist die Atomrüstung einstellt und den Rüstungsstopp durchführt, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen sein, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen, und ihre Verbündeten ersuchen, ihr Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen.“ Man kann diese Erklärung ebenso als eine ultimative Drohung wie als eine befristete Warnung bezeichnen. Sicher ist, daß die Durchführung dieser Maßnahme eine neue strategische Lage in Mitteleuropa schaffen würde.

\*

Regierung und Volkskammer der DDR haben bis heute die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die atomare Aufrüstung der Volksarmee abgelehnt. Den gleichen Standpunkt nahm nach dem Grundgesetz auch die Bundesrepublik ein, bis Adenauer die

allgemeine Wehrpflicht und schließlich die atomare Aufrüstung durchsetzte. In der viertägigen Bundestagsdebatte vom März 1958 hat die Opposition die katastrophalen Auswirkungen der Atomrüstung für die Wiedervereinigung und für einen etwaigen Bürgerkrieg herausgestellt. Damals erklärten es Regierungssprecher für ausgeschlossen, daß es Moskau jemals wagen würde, seinen „Satellitenstaaten“ Atomwaffen auszuhändigen. Darin hat man sich in Bonn offenbar getäuscht, denn es darf als sicher gelten, daß Ulbricht bereits die Zusage Chruschtschows in der Tasche hatte, als er seinen Brief an Adenauer schrieb. Ulbrichts Ankündigung ist daher nicht als Bluff oder leere Propaganda abzutun. Offenbar nimmt man sie in Bonn wie auch in Washington sehr ernst, wie die erste Reaktion bereits zeigte.

\*

Walter Ulbricht hat seine Ankündigung damit begründet, daß die Bundesregierung sich darauf vorbereite, die DDR in einem Blitzkrieg zu überfallen und zu „befreien“. Zahlreiche Maßnahmen der Bundesregierung, so behauptet er, verrieten deutlich diese Absicht. Tatsächlich gewinnen viele Äußerungen und Entscheidungen der Bundesregierung einen zusammenhängenden Sinn, wenn sie in dieser Richtung ausgelegt werden. So spricht neuerdings der Bundeskanzler nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern nur noch von der „Befreiung“ der Deutschen aus der „Sklaverei“. Selbst der Bundespräsident hat in seiner Neujahrsansprache vom „schweren Los der Knechtschaft“ gesprochen, in dem die Ostdeutschen auf ihre „Befreiung“ warteten. Lübke verlangte in der Frage der deutschen Einheit Taten, nicht Worte und lobte „unsere junge Mannschaft“, die sich in die „Wehrgemeinschaft“ eingegliedert habe. Diese junge Mannschaft aber wird heute bei der Bundeswehr für den nuklearen Krieg ausgebildet und mit der Möglichkeit vertraut gemacht, daß eines Tages Atombomben auf Dresden oder Leipzig fallen könnten, während Millionen von Westdeutschen aus den Evakuierungsgebieten an der „Zonengrenze“ nach Westen flüchten. So kann man selbst in der westlichen Presse die Vermutung lesen, daß die Bundesregierung die deutsche Frage eines Tages nach dem gleichen Rezept lösen wolle wie seinerzeit Hitler die österreichische, die sudetendeutsche und die polnische Frage. Es ist ein fatales Zusammentreffen, daß zur glei-

chen Zeit, in der dieser schlimme Verdacht die Runde macht, Strategen wie Herr Kissinger in der Bundesrepublik den kleinen Atomkrieg verkünden, daß der Wanderprediger des Hasses, William S. Schlamme, ein Militärbündnis Bonn—Washington, ein Rückzugsultimatum an Moskau und das Risiko des atomaren Großeinsatzes fordert. In einem Volk, das seine NS-Vergangenheit noch nicht bewältigt hat, in dem antisemitische und antikommunistische Tendenzen noch so tief verwurzelt sind, in einem solchen Volk ist trotz der schrecklichen Lehren der Vergangenheit der Glaube an das Zaubermittel des Blitzkrieges zur Lösung internationaler Probleme noch sehr lebendig.

\*

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie nicht beabsichtige, die Fragen der Wiedervereinigung und der Ostgrenzen mit Gewalt zu lösen. Walter Ulbricht hält dem entgegen, daß Adolf Hitler um so mehr vom Frieden geredet habe, je intensiver er den Krieg vorbereitete. Nach den klassischen Traditionen der Diplomatie gelten Friedensversicherungen als eine erlaubte Kriegslist, um den Gegner zu täuschen. Die Bundesregierung hätte Ulbrichts Unterstellungen wirksam damit entkräften können, daß sie an einem System friedlicher Sicherheitsgarantien mit Gewaltverzicht, Nichtangriffspakt und Schiedsgerichtsbarkeit mitgewirkt und auf jede nukleare Aufrüstung ausdrücklich verzichtet hätte. Das Gegenteil ist geschehen: Die Bundesregierung hat alle Arten von Sicherheitsverträgen und Nichtangriffspakten, ja sogar den Abschluß eines Friedensvertrages und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten bis heute abgelehnt. Und die DDR? Ein Land, das nicht existiert, kann man nicht überfallen, sondern nur „von seinen Bedrückern befreien, die es widerrechtlich vom Mutterland abgespalten haben.“ Das alles ist von einer bestürzenden Logik. Es läßt immerhin begreifen, daß man dort mit steigender Sorge nach Westen blickt.

\*

Dennoch trauen wir der Bundesregierung derartige Absichten nicht zu. Auch ihr sind die realen Kräfteverhältnisse bekannt. Die sowjetische Regierung hat wiederholt unzweideutig erklärt, daß sie jeden Angriff auf einen Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes als einen Angriff auf sich selbst betrachte. Chruschtschow hat mehrfach gegenüber der Regierung der DDR die sowjetische Unterstützungspflicht unterstrichen. Es erübrigt sich der Nachweis, daß die Bundesrepublik auch bei stärkster Aufrüstung niemals der Sowjetunion militärisch gewachsen sein kann. Ein durch westdeutsche Aktion ausgelöster sowjetischer Atomschlag würde die Bundesrepublik mit ihrem engen Territorium und ihrer Bevölkerungsdichte binnen Stundenfrist in einen Atomfriedhof verwandeln. Ulbricht zitiert in seinem Brief an Adenauer jenes Wort, das Minister Strauß am 16. Dezember vor der Ministerkonferenz der NATO in Paris gesprochen hat und das auch bei uns berechtigtes Aufsehen erregte: „Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik... bereit, die damit

verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volke zu vertreten.“ Diese Worte wären der blanke Aberwitz, wenn der Minister an einen sowjetischen Atomschlag gegen eine isolierte Bundesrepublik dächte. Die Worte wurden vor der NATO gesprochen, auf deren Unterstützung Bonn im Falle eines unprovokierten Angriffs rechnen kann. Es erscheint indessen als höchst zweifelhaft, ob auch nur eine der NATO-Mächte bereit wäre, die Bundesrepublik bei der „Befreiung der Zone“ zu unterstützen. Wenn weiterhin die Bonner Regierung jede Art von Kompromiß oder konföderativer Lösung ablehnt, sind die Westmächte bereit, sich mit der Existenz eines zweiten deutschen Staates abzufinden.

\*

Bliebe also nur der Ausweg, vollendete Tatsachen in der Hoffnung zu schaffen, daß sich die Großmächte damit um des Weltfriedens willen abfinden würden. Man kann von alten Weltkriegsoffizieren heute gelegentlich hören, wenn eines Morgens Panzerspitzen vor Dresden und Fallschirmtruppen an der Oder ständen, so würde Herr Ulbricht kapitulieren und Herr Chruschtschow sich um seines Volkes willen damit abfinden. Wir weigern uns zu glauben, daß man in der Ermeikaserne solche Milchmädchenrechnungen aufstellt. Einmal hat Hitler Europa mit einer solchen Blitzkriegstrategie der vollendeten Tatsachen bluffen können — bis eben das Maß voll war. Ein zweites Mal in einer Generation gelingt ein solcher Schlag nicht, selbst wenn noch so viele Kollaborateure in Ost und West bereit wären mitzuspielen. Die Chancen in diesem Spiel um Deutschlands Existenz ständen 1:100. Wir trauen keinem der führenden Männer den traurigen Mut zu, um diesen Einsatz zu spielen.

Ulbricht hält offenbar auch das für möglich. Um diesem etwaigen Blitzkrieg von vornherein jede militärische Chance zu nehmen, will er Moskau um Raketenwaffen bitten, wahrscheinlich taktische Atomraketen. Sie würden vermutlich einer Blitzoperation auch dann die Chance nehmen, wenn die sowjetischen Divisionen abgezogen wären oder Gewehr bei Fuß ständen. Das Schreckliche würde Ereignis werden, daß auf deutschem Boden die furchtbarsten aller Vernichtungsmittel gegeneinander in Stellung gebracht werden, um einem Bürgerkrieg von noch nicht übersehbarer Grausamkeit zu dienen. Eine wahre Höllenvision!

Es wäre billig für uns, wenn wir jetzt Herrn Ulbricht der Vorbereitung des Bürgerkrieges anklagen wollten, nachdem es uns nicht gelungen ist, die seit fast zwei Jahren im Gange befindliche Atomaufrüstung mit legalen Mitteln zu verhindern. Der Atombeschluß vom 25. März 1958 mußte früher oder später derartige Gegenmaßnahmen herausfordern. Nur Heuchler oder Toren können sich heute überrascht oder empört zeigen. Noch ist es Zeit, das Verhängnis aufzuhalten, wenn sich nämlich die Bundesrepublik endlich entschließt, Gespräche mit der DDR einzuleiten. Freilich haben die meisten von uns die Hoffnung aufgegeben, daß diese Regierung sich noch zu einem solchen Schritt entschließen wird. Das Verhängnis wird dann seinen Lauf nehmen. Aber niemand wird dann noch sagen können, daß er davon nichts gewußt, daß er das nicht gewollt hat. Es ist billig, sich auf ein unvermeidliches Schicksal hinauszureden. Die Entscheidung ist nicht vom Schicksal getroffen worden, sondern von lebendigen Menschen. Sie haben, wahrscheinlich in Voraussicht der Konsequenzen und Risiken die ungeheure Verantwortung freiwillig auf sich genommen, für die wir alle einmal werden bezahlen müssen.

## Weltfriedensrat an den Papst

Am 23. und 24. Januar 1960 tagte in Rom das Präsidium des Weltfriedensrates. Ohne uns mit dem Weltfriedensrat identifizieren zu wollen, möchten wir die auf dieser Präsidiumstagung beschlossene Botschaft an Papst Johannes XXIII. unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

D. Red.

Eure Heiligkeit!

Das Präsidium des Weltfriedensrates tagte in Rom, um die Probleme und Initiativen zu erörtern, die notwendig sind, um die wirksame Zusammenarbeit der Völker zur Herstellung einer gesicherten friedlichen Koexistenz zu ermöglichen.

Wir erlauben uns, in der Kenntnis der großen Bedeutung der geistigen und moralischen Autorität, die Eure Heiligkeit als Oberhaupt der Katholischen Kirche und der Katholischen Welt besitzt, den ehrfurchtsvollen und dringenden Appell an Sie zu richten, alle Herzen und Bemühungen auf dieses höchste Ziel der Zivilisation zu lenken.

Die Völker haben die Notwendigkeit erkannt, der tragischen Verschwendung von Reichtum ein Ende zu setzen, zu der die widersinnige Anhäufung von Vernichtungsmitteln führt. Sie zeigen wachsende Entschlossenheit, sich von der Gefahr eines katastrophalen Krieges zu befreien. Aber

nur das Zusammenstreben der Ziele und Aktionen der großen Menschheitskräfte und eine weite und tiefe moralische Solidarität werden es möglich machen, die Arbeit für Frieden und Freiheit zu vollbringen.

Wir rufen die vielen Appelle und Warnungen Eurer Heiligkeit in Erinnerung, daß die Stimme der Völker nach einem Frieden, der ihnen eine gerechte Ordnung sichert, gehört werden möge.

Die Weltfriedensbewegung vertraut darauf, daß diese Mahnung einmütig Aufnahme findet. Sie bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die Zusammenarbeit und der Beistand der gesamten katholischen Welt in der universellen Verpflichtung, die Erhaltung und Sicherheit der Menschheit zu gewährleisten, ihren Erfolg beschleunigen und garantieren wird.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung für Eure Heiligkeit  
Prof. J. D. Bernal

## Jetzt auch Münster!

„Keine Atomwaffen an Rhein und Ruhr“ — das hatte die Bundesregierung versprochen in jenem schwarz-rot-goldumrandeten Plakat, das vor den „falschen Propheten“ warnte, die zum Protest gegen die Atomrüstung aufgerufen hatten. Wir wissen nicht, wie viele Menschen dieser Versicherung geglaubt und wie viele sich statt dessen des berühmten Adenauer-Wortes von den drei verschiedenen Wahrheiten, die er kenne, entsannen. Auf jeden Fall sieht die Praxis jetzt so aus, daß am Rande der Stadt Münster (Westf) eine holländische Raketen-einheit stationiert werden soll, deren Raketen mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet werden können.

Noch heute trägt das Stadtbild von Münster die Narben der Bombennächte des letzten Krieges, die die einst so blühende Stadt in Schutt und Asche legten. Das Ausmaß der Zerstörung wird einem deutlich, wenn man sich dessen entsinnt, daß die Stadtplaner nach 1945 ernstlich überlegten, dieses riesige Ruinenfeld als Mahnmahl an den Krieg liegenzulassen und eine neue Stadt etwa 20 km entfernt aufzubauen. Inzwischen ist Münster aus den Ruinen wieder aufgebaut, strömen wieder die Touristen in den historischen Saal seines Rathauses, in dem 1648 der Frieden nach dem Dreißigjährigen Kriege geschlossen wurde — und in diesem Augenblick wird Münster erneut zum Anziehungspunkt einer Vergeltungs- und Ausschaltungs-Strategie gemacht.

Daß die Münsteraner Atomwaffengegner mit ihrer Ansicht,

**Atomwaffen bei Münster bedeuten Atomwaffen auf Münster**

nicht allein stehen, beweist die Begründung, die die niederländische Regierung für die Verlegung des Raketenbattalions nach Westfalen gegeben hat. Sie erklärte nämlich, das dichtbesiedelte Holland könnte sich die Stationierung dieser Waffen im eigenen Lande nicht erlauben, da die daraus resultierende Gefährdung bei seiner Bevölkerungsdichte nicht zu verantworten wäre.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner hat in einem Flugblatt alle Bürger und Institutionen Münsters aufgerufen, sich der geplanten Stationierung jener holländischen Raketen-einheit zu widersetzen. Durch die Initiative eines der FDP angehörenden Rats Herrn wurden diese die Bevölkerung beunruhigenden Planungen zum Gegenstand einer Ratssitzung gemacht — aber die CDU-Mehrheit stellte sich gegen die Interessen der Bevölkerung und verhinderte die Annahme einer von den Oppositionsparteien geforderten Resolution gegen die geplante Stationierung der Atomraketen. Die Diffamierung aller derjenigen, die nicht auf der CDU-Linie liegen, als „Agenten Moskaus“ war dabei nicht neu.

Die CDU-Majorität im Rat der Stadt Münster muß sich infolgedessen gefallen lassen, dafür verantwortlich gemacht zu werden, daß durch ihre Politik Münster zu einer der gefährdetsten Städte geworden ist, falls es einen Tages zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West kommen sollte!

—er

# Der Kampf der Japaner gegen den Atomtod

von Dr. phil. Seiei Shinohara, Tokio

Schriftsteller und Mitglied des Komitees für internationale Fragen  
im japanischen Rat gegen A- und H - Bomben

Viele Ausländer, die Japan besuchen und denen die Achtung der Teufels-  
waffen ernstlich am Herzen liegt, fragen, weshalb die Bewegung gegen den  
Atomtod im japanischen Volk so stark und sozusagen zu einer nationalen Bewegung  
geworden sei. Es ist nicht schwer, diese Frage zu beantworten. Auch im Ausland  
wird es niemand geben, der nicht wüßte, daß die Japaner das einzige Volk in der  
Welt sind, das die erschreckenden Wirkungen der Atomexplosion am eigenen Leib  
erlebt hat. Und wenn es doch jemand geben sollte, der noch nicht von der  
Katastrophe von Bikini gehört zu haben glaubt — selbst er müßte schon  
einmal die Namen von Hiroshima und Nagasaki gehört haben. Ja, wir Japaner  
haben Hiroshima gehabt. Und wir haben auch Nagasaki gehabt. Aber wir  
haben auch noch Bikini gehabt. Wenn ein Volk, das als das einzige Volk der  
Welt innerhalb von wenigen Jahren schon dreimal so entsetzliche Erfahrungen mit  
Atomwaffen gemacht hat, nach diesen wiederholten entsetzlichen Erlebnissen immer  
noch nicht erwacht sein sollte, dann würde einem solchen grundfaulen Volk  
nicht mehr zu helfen sein. Ein japanisches Sprichwort sagt, daß selbst der  
Faulste beim dritten Male ernst wird. So ist es kein Wunder, wenn die  
Unterschriftensammlung gegen die Atomwaffen und deren Versuche bei den  
Japanern mit über 30 Millionen Unterschriften aus allen Volksschichten den in der  
Welt größten Erfolg gehabt hat und wenn bei jeder bisher unternommenen  
Volksbefragung praktisch fast 100 Prozent des japanischen Volkes sich entschieden  
gegen die Atomwaffen und gegen deren Experimente ausgesprochen haben. Selbst die  
radikalsten Faschistenverbände Japans, die vor keinen Gewalttaten scheuen,  
müssen zugeben, daß sie mindestens gegen die Atomwaffen seien. Und ein  
einziges Faschistenverband, der bis vor einiger Zeit mit offensten Worten für  
die Atomwaffen und deren Anwendung eingetreten war, mußte seine  
Atomwaffen-Propaganda einstellen, weil seine Angehörigen von anderen  
Faschistenverbänden als „verrückte Leute“ bezeichnet wurden.

Man wird es ohne weiteres begreifen können, daß die Bewegung der Japaner  
gegen den Atomtod niemals zu einer solchen gewaltigen Volksbewegung hätte  
werden können, wenn sie nicht in einer einheitlichen Kampffront vereinigt  
auftreten konnte, sondern vereinzelt und zersplittert geblieben wäre. Und es  
ist ohne Zweifel ein großes Verdienst des Japanischen Rates gegen Atom- und  
Wasserstoffbomben unter der geschickten Leitung von Prof. Kaoru Yasui,  
seines Generalsekretärs. In diesem die ganze Nation mit verschiedensten  
Volksschichten

umspannenden Werk sind fast alle politischen Parteien, Arbeiter-, Bauern-,  
Fischer-, Studenten-, Frauen- und sonstigen Berufsorganisationen Japans  
vertreten. Selbstverständlich arbeiten in diesem Werk auch Angehörige der  
Liberal-Demokratischen Partei, also der Regierungspartei, und Kommunisten  
zusammen, und wir müssen offen gestehen, daß bei der Zusammenarbeit der  
Angehörigen dieser vollkommen entgegengesetzten politischen Weltanschauungen  
sich oft sehr peinliche Gegensätze herausbilden. Aber wichtig ist dabei nicht,  
daß solche Gegensätze sich herausbilden, sondern daß trotz dieser schweren  
Gegensätze beide Partner doch gewillt und bereit sind, im Rahmen der großen  
Bewegung so weit wie möglich zusammenzuwirken.

Man darf wohl nicht mit Unrecht sagen, daß die in diesem großartigen  
Werk des Japanischen Rates vereinigte nationale Bewegung der Japaner in  
gewisser Hinsicht über diesen nationalen Rahmen hinausgewachsen ist und  
sich den Charakter einer internationalen Bewegung erworben hat. Als vor 6  
Jahren zum ersten Male eine Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in  
Hiroshima veranstaltet wurde, da begann für die künftige Entwicklung  
unserer Bewegung eine neue große Periode, in der sie auch Verantwortung für  
andere Völker tragen sollte. Mit den darauffolgenden vier Weltkonferenzen  
von 1956 bis 1959 ist diese Verantwortung immer größer und schwerer  
geworden. Schon aus der einen Tatsache, daß an der 5. Weltkonferenz 1959  
in Hiroshima sechs Damen und Herren aus der Bundesrepublik und drei  
Delegierte aus der DDR teilgenommen haben, während noch zur 3. Weltkonferenz  
1957 in Tokyo nur ein einzelner Delegierter aus der Bundesrepublik und  
ein Delegierter aus der DDR erschienen waren, dürfte hervorgehen, welche  
gewichtige Bedeutung unsere Bewegung innerhalb einer sehr kurzen Zeit  
auch für den gemeinsamen Kampf der Deutschen und der Japaner gegen  
den Atomtod gewonnen hat.

Nun hört man, daß ab und zu unserer Bewegung vorgeworfen wird, sie sei  
einseitig orientiert und richte sich absichtlich nur gegen das westliche  
Lager. Wir würden aber hierzu sagen, daß ein solcher durchaus unbegründeter  
Vorwurf entweder mit gewisser, unsauberer Absicht vorbereitet oder von  
Unsachkundigen gemacht sein müßte. Man sollte es nicht vergessen, daß  
unsere Bewegung im wahrsten Sinne des Wortes eine praktische Bewegung  
ist und nicht etwa eine bloße Theorie. Und in einer praktischen Bewegung  
muß man stets konkret sein, d. h., wir müssen im eigentlichen Sinne des  
Wortes realistisch handeln und nicht leere Dogmen propagieren; sonst wird  
unsere Bewegung aufhören, eine nationale Bewegung zu sein. Wir haben z. B.  
in den Beschlüssen, die auf den bisherigen Weltkonferenzen angenommen  
worden sind, einfach deshalb keinen anderen Staat als die USA gewarnt und  
nicht etwa Brasilien oder Volkschina, weil in Japan keine anderen  
Militärstützpunkte errichtet sind als die der USA. Wenn in Japan statt  
dessen Stützpunkte von Brasilien oder Volkschina oder der Bundesrepublik  
oder der DDR errichtet wären, so würden wir nicht die USA, sondern diese  
Staaten warnen. Das ist das Realistische bei jeder praktischen Bewegung.  
Wer in der Lage ist, die Dinge objektiv zu sehen und zu beurteilen, der  
wird ohne weiteres feststellen können, daß wir uns in den Aufrufen der  
Weltkonferenzen stets gegen die Kernversuche aller drei Atomkräfte, also  
der USA, Großbritannien und der Sowjetunion, ausgesprochen haben. Nur wer  
eine falsche Brille aufhat, der dürfte dabei den Namen der Sowjetunion zu  
vermissen glauben — bei allen Menschen mit der gesunden Sehkraft wäre das  
ausgeschlossen.

Weil also eine praktische Bewegung stets realistisch, also gemäß der  
unverfälschten Wirklichkeit arbeiten muß, so ist es ganz logisch und  
selbstverständlich, wenn nach der 5. Weltkonferenz 1959 in Hiroshima sich  
unser Kampf gegen den Atomtod hauptsächlich gegen die geplante Revision  
des sogenannten japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes richtete.  
Denn wir Japaner sind bedroht nicht etwa durch den Atomtod, der von  
einer möglichen Atomaufrüstung Brasiliens kommen könnte, sondern  
ausschließlich durch den Atomtod, der von den amerikanischen Stützpunkten  
in Japan wirklich kommt, genau so, wie Ihr Deutschen nicht etwa durch  
eine mögliche Atomaufrüstung der Schweiz, sondern durch die bereits zur  
Tatsache gewordene Atomaufrüstung Eurer Bundeswehr und durch die  
ebenfalls zur Tatsache gewordene Stationierung von Atomwaffen der  
Amerikaner bzw. der Engländer jetzt wirklich bedroht seid. Daher wäre es  
für Euch Deutschen durchaus realistisch, wenn Ihr Euch nicht etwa gegen  
die Regierung der Schweiz, sondern gegen Eure Regierung und die  
Regierungen der USA bzw. Großbritannien wendet und demgemäß auch  
Euren Kampf gegen den Atomtod gestaltet und führt. Weil also eine  
praktische Bewegung in dem eben erwähnten Sinne realistisch sein muß,  
so ist es auch ganz logisch und selbstverständlich, wenn in unserem Kampf  
auch

Kommunisten mitkämpfen. Denn es wäre eine kindische Einfalt, wenn jemand glauben wollte, der Atomtod würde die Kommunisten nicht treffen, und so diese ausschließen wollte. Vielleicht dürfen wir in diesem Zusammenhang folgendes sagen: Für Amerikaner und Europäer ist ein Kulturvolk ein solches Volk, das einen hohen Lebensstandard hat. Obwohl wir Japaner einen viel niedrigeren Lebensstandard haben als die Amerikaner und Europäer, so möchten wir sagen, daß außerdem noch ein anderer Maßstab vorhanden ist, an dem ein Kulturvolk gemessen werden kann: Wir möchten sagen, daß ein Kulturvolk daran gemessen wird, ob und wie weit es gegenüber seinen Mitmenschen, die ganz anderer Weltanschauung sind, tolerant ist. Ein möglicher Atomtod in Deutschland würde Euren Bundeskanzler Dr. Adenauer und den Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, mit ihren Familien gleichermaßen treffen, und uns Japaner scheint es durchaus realistisch und selbstverständlich, wenn diese beiden politischen Verantwortlichen über ihre gemeinsame Gefahr beraten sollten.

Wir wissen, daß unser Kampf gegen den uns bedrohenden Atomtod nicht leicht sein wird. Nach der 5. Weltkonferenz haben die Regierung Kishis und seine Partei ihren mittelbaren und unmittelbaren Druck auf unsere Bewegung erheblich verschärft, und wir müssen damit rechnen, daß mit der vollzogenen Ratifizierung der vor kurzem in Washington unterzeichneten Revision des japanisch-amerikanischen Militärpaktes in den nächsten Monaten auch eine ganze Reihe reaktionärer Gesetze kommen wird. Trotzdem glauben wir, daß wir ruhig sagen dürfen, wir sähen keinen Grund, in unserer Sache pessimistisch zu werden, solange wir die großen Lehren aus dem zweiten Weltkrieg nicht vergessen und solange wir der Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki, aber auch von Bikini, als ewiger Mahnung gedenken und in diesem Bewußtsein in unserem Kampf einig bleiben.

Oft stellen mir meine japanischen Freunde, die eine große Sympathie mit Eurem Volk und ein lebhaftes kameradschaftliches Interesse für die Probleme Eures Volkes haben, die Frage, weshalb im deutschen Volk nicht eine große nationale Bewegung gegen die Atomwaffen und überhaupt gegen den Krieg sich herausbilden wollte, in einem Volk, das schon zweimal innerhalb weniger Jahrzehnte in die furchtbaren Katastrophen der beiden Weltkriege hineingestürzt wurde. Euch Deutschen selbst meine Antwort hierauf zu wiederholen, wäre vollkommen überflüssig.

## FRANKREICH:

# Protest gegen Sahara-Versuche

In dem Bericht über die Reise zweier Büromitglieder nach Paris (KONGRESSDIENST 1/1960) war auch der Besuch bei Prof. Dr. Kastler, dem Vizepräsidenten der Französischen Föderation gegen Atomrüstung, erwähnt worden. Herr Prof. Dr. Kastler übergab uns dabei eine Erklärung der Föderation sowie den „Nationalen Appell“ der französischen Bewegung. Nachfolgend veröffentlichen wir beide Dokumente in deutscher Übersetzung.

## „Wer wir sind“

1. Wir sind eine Föderation, d. h., daß wir keine Einzelmitglieder aufnehmen. Wir laden alle bereits bestehenden Vereinigungen, die auf ihr Programm den Widerstand gegen die Atomrüstung setzen wollen, ein, Mitglied der Föderation zu werden, entweder als Vollmitglied, wenn sie sich an unserer Kampagne aktiv beteiligen wollen, oder als Beobachter, wenn sie unsere Kampagne unterstützen und uns ihren Rat geben wollen.

2. Der Beitritt zur französischen Föderation gegen den Atomtod steht also allen Vereinigungen gleich welcher Richtung offen unter der einen Bedingung, daß sie folgende Erklärung, die in den Statuten steht, unterzeichnen:

Die französische Föderation gegen die Atomrüstung bekämpft im Rahmen der weltweiten Kampagne für die nukleare Abrüstung die Herstellung, Lagerung, Erprobung und Verwendung von nuklearen Waffen in allen Ländern

3. Einzelpersonen die die Föderation unterstützen wollen, können dies tun, indem sie ihren Beitritt zu der Vereinigung der Freunde der französischen Föderation gegen Atomrüstung erklären.

4. Die französische Föderation gegen Atomrüstung ist Mitglied der europäischen Föderation gegen Atomrüstung.

## „Nationaler Appell“

Das französische Volk fordert — wie alle anderen Völker der Welt —, daß die Versuchsexplosionen von Atom- und Wasserstoffbomben, die langsam die gesamte Oberfläche der Erde vergiften, überall und ohne Vorbedingung beendet werden.

Wie alle anderen Völker der Welt ist das französische Volk über die Gefahr beunruhigt, die seinen Kindern und Enkeln durch die Vorbereitung eines Atomkrieges droht, der die schlimmsten Leiden hervorrufen würde und die mögliche Vernichtung des Menschengeschlechtes mit sich brächte.

Die Franzosen, die diesen Appell im Namen der menschlichen Werte, die Frankreich immer verteidigt hat, unterzeichnen, verurteilen alle Bestrebungen, die furchtbare Zerstörungskraft der Kernwaffen in Anwendung zu bringen.

Sie wissen, daß der radioaktive Regen oder Staubbiederschlag der 200 Versuchsexplosionen, die von anderen Regierungen bereits vorgenommen wurden, ihre bereits erkannten Auswirkungen wie Leukämie, Knochenkrebs, Geburt entstellter Kinder usw. noch für Jahre hindurch fortsetzen werden, und sie wollen nicht, daß Frankreich — selbst wenn auch nur in geringem Maße — diese Verantwortung mitträgt.

Sie wissen auch, daß eine Übereinkunft aber eine endgültige Einstellung dieser Versuche, die bereits seit einem Jahr unterbrochen wurden, sofort möglich ist und daß eine solche Übereinkunft einen ersten Schritt — zwar noch beschränkt, aber bedeutungsvoll und genau kontrollierbar — zu einer methodischen und realen Abrüstung darstellt.

Sie wollen nicht, daß die Versuchsexplosionen von einigen A-Bomben diese Hoffnung zerstören und zum Vorwand einer allgemeinen Wiederaufnahme der Versuche dienen sowie neue Länder dazu ermutigen, ebenfalls Kernwaffen herzustellen.

Sie wissen schließlich, daß in der Ära der Kernenergie Vertrauen und friedliche Zusammenarbeit unter den Nationen zwei Bedingungen ihres Überlebens darstellen.

Aus allen diesen Gründen verlangen die Franzosen, die diesen Appell unterschreiben, von ihrer Regierung:

1. freiwillig auf alle Versuche mit Kernwaffen zu verzichten,
2. den Vorschlag des internationalen Komitees des Roten Kreuzes, der zu einem Verbot der Kernwaffe führen soll, bejahend zu beantworten.

Frankreich würde auf diese Weise ein erstes und nützliches Beispiel eines großen Volkes und einer großen Atommacht geben, die freiwillig ihre Kräfte einzig und allein in den Dienst des Friedens, des Fortschritts und der Vernunft stellt, um auf diese Weise dem tiefen Wunsch und der Erwartung der ganzen Welt zu entsprechen.

## Unsere Diskussion:

### Ist die Arbeit des „Ständigen Kongresses“ richtig?

In der vorigen Nummer des KONGRESSDIENSTES hatten wir den Schriftwechsel zur Diskussion gestellt, der zwischen dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VdK) und dem Büro des STÄNDIGEN KONGRESSES geführt worden war. Wir eröffnen heute die Aussprache mit einem Brief des Vorsitzenden der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), Gruppe Münster (Westf.), Erich Preuß. Weitere Stellungnahmen sollen in den nächsten Nummern veröffentlicht werden.  
D. Red.

Es sei Harm Westendorf unterstellt, daß er es mit der Kriegsdienstverweigerung wirklich aufrichtig und ernst meint. Um so befremdlicher wirkt daher seine Stellungnahme zu einem Schreiben des „Ständigen Kongresses“ vom 15. Juli 1959(!). Harm Westendorf hält nichts von großen Veranstaltungen und Aufmärschen gegen das, was nicht sein darf, den Militarismus gleich welcher Prägung, die atomare Aufrüstung, die Atomabschubasen usw. Er hält nichts von Neugründungen zahlloser (!) Anti-Atom-Klubs, und zudem ist er pro-westlich eingestellt, wie er uns in seiner Stellungnahme versichert. Und mit dieser seiner pro-westlichen Einstellung bescheinigt er dem Bundeskanzler, daß seine Politik nur durch die Politik des Herrn Ulbricht in eine Sackgasse geführt worden wäre! „Ohne Ulbricht wäre Adenauers Politik nicht möglich gewesen“, schreibt Harm Westendorf wörtlich. Bitte, höher geht's nimmer. Aber da Herr Westendorf geflissentlich Tatsachen unberücksichtigt läßt, die nun einmal nötig sind, um zu einem gerechten Urteil zu kommen, ist es notwendig, die Dinge beim Namen zu nennen.

Tatsache ist, daß Adenauer und Ulbricht heute nicht auf ihren Posten säßen, wenn Adolf I. nicht gewesen wäre. Und Adolf I. wäre niemals an die Macht gekommen, wenn die Politiker der Weimarer Zeit den nötigen politischen Weitblick besessen und daraus die fälligen Konsequenzen gezogen hätten. Und zum andern hat das deutsche Volk in seiner politischen Trägheit den Zeichen der damaligen Zeit nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt und den Anfängen gewehrt. Da nun niemand unter den Palmen ungestraft wandelt, mußte das deutsche Volk das hinnehmen, was es sich durch seine politische Trägheit verdient hatte. Was aus dem „Gebt mir 14 Jahre Zeit, und ihr kennt Deutschland nicht wieder!“ geworden ist, braucht wohl nicht mehr erwähnt zu werden (wobei anzunehmen ist, daß auch Harm Westendorf es noch weiß). Aber was ihm entgangen zu sein scheint, ist die Tatsache, daß der, der die Musik bestellt, sie auch bezahlen muß.

Wer siegt, bestimmt den Preis, und die damaligen Siegermächte haben in Jalta und Potsdam verfügt, daß Deutschland vorerst geviertelt werden müßte. Nach der Vierteilung kam dann die Zweiteilung, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Siegermächte in ihrem Geltungsbereich ihren ganzen Einfluß in ihrem Sinne ausgeübt haben und noch ausüben.

Dann kam das Spiel auf dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schachbrett, wobei fleißig vom Osten und vom Westen „gekiebitzt“ wurde. Immer ein Zug voraus die Bundesrepublik, und immer ein Zug hinterher die DDR. Harm Westendorf wird zugeben müssen, daß schlechte Vorbilder sich immer ungünstig auswirken — mit anderen Worten, Herr Ulbricht wird wieder nachziehen und „drüben“ ebenfalls Atomabschubasen aufbauen und seine Volksarmee atomar aufrüsten. Auf allen anderen Gebieten ist genauso verfahren worden —, die Bundesrepublik zog voraus und die DDR hinterher. Das ist die unbestreitbare Tatsache, die Harm Westendorf nicht berücksichtigt hat. Und weil er sie nicht berücksichtigt hat, deshalb mußte er zwangsläufig zu Fehlschlüssen kommen und „Pro-Westler“ werden. Wer jedoch aus der Vergangenheit gelernt hat und die derzeitige politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation begreift und daraus die richtige Konsequenz zieht, ist nach Harm Westendorf nicht mehr „stubenrein“.

Wer seine gewonnene richtige Erkenntnis zudem noch in Wort und Schrift veröffentlicht, ist auch nach Harm Westendorf kommunistisch verdächtig. Es gehört nun einmal zur psychologischen Kriegsführung, daß alle die, die sich mit Fug und Recht gegen jeden Krieg und die Vorbereitungen dazu wehren, irgendwie mundtot gemacht werden sollen, wobei man in der Auswahl der Mittel absolut nicht wählerisch ist. Daß selbst „Pazifisten“ von dieser Grundtorheit befallen werden können, beweist die Stellungnahme Harm Westendorfs. Von seiner pro-westlichen Perspektive aus hat er sein „Urteil“ gefällt unter Ignorierung der tatsächlichen Verhältnisse. Danach ist sein „Urteil“ ebenso wertlos wie seine Kritik an dem „Ständigen Kongreß“, der „Anderen Zeitung“, Veranstaltungen, Aufmärschen usw. Und was die „Spalterei“ anbelangt, so wäre ihm zu sagen: Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen um sich werfen!

Nachdem der Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ in aller Stille beigelegt worden ist, weil es den Initiatoren wohl an Kampfesmut und Ausdauer mangelt, ist der „Ständige Kongreß“ geradezu verpflichtet, als ewig mahnendes Gewissen die Volkseele „am Kochen“ zu halten. Die Arbeit des „Ständigen Kongresses“ ist nicht nur in Ordnung; nein, sie ist absolut richtig.

Münster (Westf.), den 9. Februar 1960

gez. Erich Preuß

## Der einzige Weg

Bei der traditionellen Vorlesung der Nobel-Preisträger in Oslo erklärte Noel-Baker, daß die allgemeine und totale Abrüstung der einzige Weg sei, das derzeitige Wettrüsten zu beenden. Er betonte, wir hätten heute „die eigenartigste Paradoxie in der Geschichte. Jede neue Waffe wird für die nationale Verteidigung erzeugt, aber alle Fachleute sind sich darin einig, daß die modernen, massenvernichtenden Schnellwaffen die Verteidigung zunichtemachen. Ihre Gefahren nehmen ständig zu.“ Das Wettrüsten könnte nur beendet werden, fügte er hinzu, wenn „die eiserne Entschlossenheit“ vorhanden ist, die Abschaffung des Krieges zum obersten Ziel der Weltpolitik zu machen. Dies schließe Versuche von „begrenzten“ Kriegen aus. „Wir können uns einigen — und soviel ich weiß, haben wir uns im Prinzip geeinigt — die Land-, See- und Luftstreitkräfte abzuschaffen, ohne die keine Regierung einen aggressiven Krieg beginnen könnte. Wir könnten eine allgemeine und vollständige Kontrolle aller Mittel einschließlich der Atomanlagen errichten. Ich diskutiere dies mit Chruschtschow und seinen Kollegen und ich bin sicher, daß sie einer wirklichen Abrüstung zustimmen werden.“

(nach: Friedensruf)

\*

London:

### Ost-West-Konferenz

Vom 2. bis 4. Februar 1960 tagte in London eine Ost-West-Konferenz über Fragen der Abrüstung, zu der führende Persönlichkeiten aus England, Schweden und Belgien eingeladen hatten. Die Konferenz bezeichnete sich im Gegensatz zur offiziellen Gipfelkonferenz als „Hügelkonferenz“; auf ihr waren sowohl Persönlichkeiten aus den USA als auch aus der Sowjetunion vertreten. Der britische Nobel-Preisträger, Philip Noel-Baker, M. P., eröffnete die Konferenz und führte während der ersten Sitzungen den Vorsitz. Sprecher beider politischer Lager forderten ein Auseinanderücken der Machtblöcke und die Beendigung des gegenseitigen Wettrüstens mit Kernwaffen.

—ev

\*

### Hiroshima 1960

Nach 30 000 der 90 000 Überlebenden der Atomexplosion von Hiroshima (1945) benötigen bis heute ärztliche Hilfe. Das teilte der Chefarzt des Atomkranken-Hospitals in Hiroshima, Dr. Shigeto, mit.

## „Strahlen aus der Asche“

**Robert Jungk:** Strahlen aus der Asche. Geschichte einer Wiedergeburt. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Scherz, 1959. Preis DM 16,80

Dies ist ein Buch vom Menschen für den Menschen — Robert Jungk gelingt es, in Verbindung mit einem nüchternen Tatsachenbericht die Situation in Hiroshima durch einzelne Menschenschicksale zu erhellen und uns persönlich nahezubringen. Einzelne Menschen sind es, die aus der grauen, vom schleichenden Tod verfolgten Masse herausragen. Doch sind sie in ihrer Haltung zum Leben Beispiele für eine Generation, die jetzt in Hiroshima heranwächst. Es ist eine Jugend, die im Kindesalter die Explosion erlebte. — Da ist Kazuo M., der heute als Mörder hinter Gefängnisgittern sitzt. Wie war es möglich, daß ein so feinsinniger, begabter Mensch morden konnte — morden aus nüchternen, planmäßiger Überlegung heraus? Bei der Untersuchung der seelischen Vorgänge, die Kazuo zu dieser Tat trieben, hat der Dichter sich ein besonderes Verdienst erworben. Jenseits der starren Gesetzes-Paragrafen, die hart das Wort „Lebenslänglich!“ aussprachen — wo eigentlich schon das Wort „Tod!“ gestanden hatte — entfernt von diesem Buchstabengeist hat ein dichterisch-menschliches Einfühlungsvermögen geforscht. Nach langem persönlichen Briefwechsel und Gesprächen mit Kazuo zeigt uns der Dichter die grauenvolle Vergangenheit eines Knaben. Kazuo berichtet in seinem rückblickenden Tagebuch: „Dieser eine Tag, dieser 6. August war es... Nicht nur mich hat er auf dem Gewissen. Nicht nur Fleisch und Knochen — auch die Herzen, die Seelen zahlloser Menschen sind dabei zugrunde gegangen. **Der Bau der ganzen Gesellschaft schwankt seither.** Kein Wunder, wenn die Schwachen hungern und die Starken plündern.“

Nach den grauenvollen Ereignissen des 6. August 1945 haben alle diese Geschöpfe den Weg in die Gesellschaftsordnung nicht zurückfinden können. Wessen Schuld war das? — Hier klagt Jungk an: Erst im Jahre 1955 begann die japanische Regierung, sich zu fragen: „Was tun eigentlich die Japaner für die Überlebenden des Atombombardements?“ — „So gut wie gar nichts!“ Es strömten zwar neue Menschen nach Hiroshima. Auf der verbrannten Erde entstand eine neue moderne Großstadt, aber am Rande der Stadt leben die „Atomparias“ in den elendigsten Slums. Abgesondert von den andern; ständig von Müdigkeit, von Schmerzen aller Art gequält. Niemand will bei dem starken Arbeiterüberschuß solche innerlich und äußerlich zermürbten Menschen bei sich beschäftigen.

Was nützt es, wenn jemand ein guter Facharbeiter, aber seelisch völlig aus

dem Gleichgewicht geworfen ist? Ein Mensch wie Kazuo, der frühreif — erwachsen geworden in den Greueln eines Tages — seinen Lebensweg zerstört sehen mußte, „ermordete“ mit vierzehn Jahren ein Buch. Er hatte voll Abscheu erkannt, daß all die Buchstabenweisheit von Heldentum und japanischer Größe auf der anderen Seite sich als ungeheuerliche Apokalypse zeigte. So steigerte sich der Haß in diesem Menschen; er riß ihn fort; trieb ihn in Spielhöllen; ließ ihn zum Unruhestifter werden, weil er als einzelner den Kampf gegen alle aufnahm. Er rebellierte gegen die erniedrigende Ausnutzung des Menschen, gegen seine Feinde, die Amerikaner, die mit ihrer „civilization“ die Stadt überschwemmten. Überall setzte er an, voller Haß und Verbissenheit, innerlich zerrissen, haltlos hin- und hergetrieben. Als der Kampf gegen die anderen nichts half, versuchte er, sich selbst durch Selbstmord zu vernichten. Dann begann der Gedanke eines Mordes bei ihm zu keimen; langsam, Schritt für Schritt, wurde er vorwärtsgetrieben zur Konsequenz. Natürlich wollte er Geld — aber?

„Warum bin ich damit nicht fortgelaufen?“ fragt Kazuo heute selbst. Wir alle haben unterdessen längst die Antwort erkannt. Kazuo drückt sie in einem kleinen Vers aus dem Gefängnis aus:

„Nicht auf der Haut nur schwere Narben,  
tiefer ging die Herzenswunde.  
Wird sie je heilen?“

Im Gefängnis, des Todesurteils gewärtig, besuchte ihn sein strenger Vater. Er brachte ihm die Todessandalen, von eigener Hand gefertigt. Streng fordert die alte Ordnung und Religion: „Du bist unwürdig, unter uns zu leben — stirb!“ Ist das die Lösung? Das Gericht, „in einer heiter'n Regung“, sprach nur „Lebenslänglich!“ Wem wurde damit geholfen? — Alle diese Fragen läßt Jungk offen. Er kann sie nicht beantworten, denn das ginge über seine Berichterstattung hinaus.

Ja, war denn niemand da zu helfen, fragen wir. Oh, doch, es waren „welche“ da. Die Besatzungsmacht, die Amerikaner. Ein Stab von Wissenschaftlern und Ärzten rückte im Auftrag der „US Atom Energy Commission“ in Hiroshima ein. Es wurden Häuser errichtet und die ersten Kranken zur Untersuchung geladen. Aber weiter geschah nichts. Die Behandlung der Patienten sei den Amerikanern untersagt!

Die Behandlung blieb den japanischen Ärzten überlassen. Wer der Armsten aber besaß Geld und vor allem Zeit, sich dieser langen Behandlung auszusetzen? Und als sich Ärzte und Studenten zur kostenlosen Behandlung der Kranken zur Verfügung stellten, wurde das Angebot von der Regierung nie bestätigt. Immer noch starben Jahre später Menschen in irgendwelchen Löchern, ohne die geringste Behandlung oder wenigstens Linderung ihrer Schmerzen. Sie waren nie vermögend genug gewesen, einen Arzt aufzusuchen, und hatten — um die Familie notdürftig zu ernähren — gearbeitet bis zuletzt. Schlechtes Essen und zu schwere körperliche Arbeit zerstörten sie völlig.

Wie glücklich konnten sich noch die Menschen schätzen, die wenigstens innerhalb ihrer Familie lebten. Aber tausende von halbverwilderten Waisenkindern, die sich in den Straßen herumtrieben, wurden von einigen dunklen Elementen zu systematischen, gewissenlosen Schwerverbrechen organisiert. Niemand unternahm etwas dagegen.

Dies sind nur wenige aus der großen Reihe der Versäumnisse, die Robert Jungk aufzählt. Wieviel besser und schneller hätte den Menschen geholfen werden können — wenn die Amerikaner nicht von dem Gedanken ausgegangen wären: „Kein Anschein von Sühne wird von der Kommission in irgendwelcher Weise auch nur angedeutet!“ Sie leugneten jedes Recht der atomgeschädigten Personen auf Sonderbehandlung. „Sie befürchteten nämlich, das könnte schon als indirekte Anerkennung des Sondercharakters der Atombombe verstanden werden. Damit wäre aber dann die prinzipielle Frage aufgeworfen worden, ob der Einsatz einer Waffe, deren zellenschädigende radioaktive Ausstrahlung sie praktisch in vieler Hinsicht auf eine Stufe mit den geächteten Giftgasen stellt, völkerrechtlich erlaubt gewesen war oder vielmehr ein Kriegsverbrechen darstellte“.

So war auch hier von öffentlichen Stellen nichts zu erwarten. Da bewiesen einzelne Menschen ihre Größe und Tatkraft. Sie zeigten, daß es immer auf die Initiative des einzelnen ankommt, der aus eigener Kraft die anderen wachrüttelt und den Finger mahnend auf die wunden Stellen der Gesellschaft legt. — So sind auch Ichiro und Tokio einzelne in der Wüste menschlicher Gleichgültigkeit; „als einzelner im Dienst des Friedens“ hat sich Ichiro einmal bezeichnet, und so mag es im Verhältnis überall sein. Diese beiden haben sich nach schweren Schicksalen zu einer Gemeinschaft gefunden, die unter den ungeheuerlichsten Opfern persönlicher Art steht. Tokio, deren Familie durch die Atombombe ruiniert wurde, mußte trotz ihrer Körperbehinderung sechzehn Stunden am Tag in den Spielkasinos arbeiten, um nur das Nötigste zum Leben zu verdienen. Ihr Vater, ein Handwerksmeister, der einst stolz war auf seine Kunst, zog jetzt als Kesselschmied von Haus zu Haus mit einem Handwagen und siechte alsbald ent-

(Fortsetzung Seite 13)

# Dortmund ruft Japan

## Ansprache auf der „5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben“ in Hiroshima

Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, MdB Dietrich Keuning, war als offizieller Gast der Stadt Hiroshima zu der „5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben“ gekommen. Seine Begrüßungsansprache, die er in der großen öffentlichen Kundgebung im Friedenspark am Abend des 5. August hielt, können wir aus technischen Gründen, für die wir unsere Leser um Nachsicht bitten, erst heute veröffentlichen.

Sehr geehrte Teilnehmer dieser Weltkonferenz gegen den Atomtod!

Sehr geehrte Wallfahrer für den Frieden in der Welt!

Ich möchte zunächst danken für die ehrenvolle Einladung zu dieser Konferenz, die ich von dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Hiroshima und dem Herrn Präsidenten des Japanischen Komitees gegen die A- und H-Bomben bekommen habe. Eine sehr weite Reise machte ich, um an dieser bedeutenden Konferenz teilnehmen zu können. Ich komme aus Dortmund, einer großen Industriestadt der Bundesrepublik Deutschland mit 630 000 Einwohnern.

In dieser Stadt hatten die Bevölkerung und der Rat im Sommer des vergangenen Jahres einmütig gegen die Stationierung von Raketenwaffen mit Atomsprengköpfen protestiert: In den Bergwerken, in den Stahlwerken, an den Hochöfen haben die Arbeiter die Arbeit stillgelegt; die Büros wurden geschlossen und in den Straßen ruhte der Verkehr; Straßenbahnen, Autobusse fuhren nicht. Es war eine unübersehbare und unüberhörbare Demonstration einer starken Kraft. Sie verlief vielleicht anders als die Demonstration in Sunagawa, aber sie hatte auch einen guten Erfolg. Dieser Kampf der Dortmunder gegen die Atomraketen in ihrer Stadt hat alle Freunde des Friedens, alle Gegner der atomaren Bewaffnung zusammengeschweißt zu einer großen Kraft gegen den Atomtod.

Darum bin ich nach Japan und nach Hiroshima gekommen, um an dieser Weltkonferenz gegen den Atomtod teilzunehmen. In dieser Stadt zuerst und dann in Nagasaki hat die Menschheit eine Unmenschlichkeit grauenvoll erlebt.

Wir wissen, daß heute die Kräfte vorhanden sind, der Menschheit noch größeres Leid anzutun. Wir hören, daß die Mächtigen in Ost und West sich gegenseitig zurufen: „Wir sind so stark, daß wir euch vollständig vernichten können!“ Es ist ein sehr gefährliches Spiel, das die ganze Menschheit vernichten kann. Die Gefahr wird noch größer durch das Bemühen weiterer Staaten — ich sage bewußt Staaten, nicht Völker —, in den Besitz von Atomwaffen zu kommen. Darum muß diese Konferenz in erster Linie ein Nein sein zu all diesen Bestrebungen. In diesem Sinne müssen wir sagen: Nein den A- und H-Bomben; Nein dem Versuch der Explosionen; Nein der Bewaffnung weiterer Staaten mit Atomwaffen in Ost und West.

Das ist ein Ja zu allen Bestrebungen, der Menschheit den Frieden, das Glück und die Freiheit zu erhalten. In diesem Sinne grüße ich als Oberbürgermeister der Stadt Dortmund diese Konferenz und überbringe die Grüße der deutschen Sektion der Weltorganisation der Mütter. Möge diese Weltkonferenz ein unüberhörbarer Ruf an die verantwortlichen Politiker, an alle friedlichen Menschen der Erde sein: Weg mit den Teufelswaffen! Erhaltet uns den Frieden!

(Fortsetzung von Seite 12)

kräftet dahin. Durch seinen Tod findet Tokio den Weg zur Anti-Atom-Bewegung. Ihr Freund und Helfer Ichiro hat als Christ hier seine Lebensaufgabe gefunden. Er wird zum Aufrüttler und Organisator der Anti-Atom-Bewegung. Er gibt zum Entsetzen seiner Kollegen seinen festen Arbeitsplatz preis, um bei einer Tagelöhnerarbeit mehr Freiheit für den Kampf zu haben. Es ist eine friedliche, aber zähe und unerbittliche Auseinandersetzung. Ewige Kleinarbeit, ermüdend, deprimierend — aber Ichiro hält das nicht ab, täglich seine Arbeit, sein Ringen um den einzelnen auf der Straße, dem geholfen werden muß, fortzusetzen. „Wir sind zu der Überzeugung gelangt“, sagt Tokio, „daß die Unmenschlichkeit schon bei der Mißachtung und Vernachlässigung des einzelnen beginnt. Die Atomwaffen sind das Endresultat dieser Gleichgültigkeit gegenüber den vielen einzelnen, **unverwechselbaren, unersetzlichen Menschen.** Wir müssen gegen die Bomben protestieren. Aber das ist nicht genug. Wir wollen außerdem versuchen, ganz langsam die Einstellung des Menschen zum Menschen zu verändern.“

Und Robert Jungk schließt mit den Worten: „Finde jeder seinen Weg, für die Bewahrung des Lebens zu kämpfen!“ Wir können uns nur voll und ganz hinter diesen Auf- und Mahnruf des Schriftstellers stellen.

da—

London, 9. — 14. April 1960

## Internationaler Studenten- und Jugendkongreß

Vom 9. bis 14. April wird in London ein großer internationaler Studentenkongreß gegen Atomrüstung stattfinden, zu dem etwa 500 Delegierte aus West- und Osteuropa sowie aus Afrika und Vorderasien erwartet werden. Aus jedem Land wird eine Delegation von sechs Personen teilnehmen; die Zahl der zusätzlichen Beobachter ist nicht begrenzt. Das Programm wird aus zwei Plenarsitzungen und einer Anzahl kleiner Diskussionsgruppen bestehen. Ihrer Arbeit werden Reden prominenter Persönlichkeiten über folgende Themen zu Grunde liegen:

1. Einseitige Atomabrüstung Großbritanniens und ein Plan für den Weltfrieden,
2. Atomabrüstung in Europa,
3. Atomwaffen und die Aufgaben des Einzelnen.

Im Anschluß an diese Konferenz werden die Teilnehmer aufgefordert werden, sich an dem dritten Aldermaston-Marsch zu beteiligen, der in drei Tagen die etwa 80 km lange Strecke von London zum britischen Atomforschungszentrum Aldermaston zurücklegen und erheblich größer sein wird als die beiden ersten Märsche.

Die technische Vorbereitung wird von einem gemeinsamen Ausschuß englischer, holländischer und deutscher Studenten geleistet. Die „Zentrale der Studentischen Ausschüsse gegen Atomrüstung in der Bundesrepublik und Westberlin“ wird die westdeutsche Delegation zusammenstellen. Der STÄNDIGE KONGRESS wird dafür einen Jungarbeiter oder Jugendsekretär benennen.

Wer darüber hinaus als Beobachter an dieser Konferenz und an dem Aldermaston-Marsch teilnehmen möchte, wird gebeten, seine Anmeldung dem Büro des STÄNDIGEN KONGRESSES zu übersenden, das sie weiterleiten und evtl. eine gemeinsame Anreise organisieren wird. Die entstehenden Kosten (Fahrt und ca. DM 60,— für Unterkunft und Verpflegung) müssen von der entsendenden Organisation getragen werden.

Hiroshima:

# Sechste Weltkonferenz gegen A- und H-Waffen

## Der „Japanische Rat“ lädt ein

Der „Japanische Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben“ hat alle Atomrüstungsgegner der Erde aufgerufen, die Vorbereitungen für die sechste Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben zu unterstützen. Der STÄNDIGE KONGRESS gibt diesen Appell weiter mit der Bitte, ihn bei der Entsendung eines Delegierten durch Beteiligung an den überaus hohen Reisekosten zu unterstützen. Das Büro des Präsidiums hat dem „Japanischen Rat“ mitgeteilt, daß der STÄNDIGE KONGRESS diese Konferenz aufs wärmste begrüßt und daß er versuchen wird, die Entsendung eines Delegierten zu ermöglichen — die Verwirklichung dieses Vorhabens hängt jetzt von Ihnen ab.

Der Appell des Japanischen Rates lautet:

DER JAPANISCHE RAT GEGEN ATOM- UND WASSERSTOFFBOMBEN ruft auf zur Sechsten Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben und für totale Abrüstung, die im August 1960 in Japan abgehalten werden soll — genau 15 Jahre nach dem Abwurf der ersten Atombomben, die die Städte Hiroshima und Nagasaki zerstörten.

Wir werden jetzt Zeugen der Ergebnisse langer Jahre geduldiger Planung und ausdauernder Aktivität jenes Teils der Völker, der den Frieden sucht; gerade dadurch ist viel beigetragen worden zu der Entwicklung, die jetzt zum Beginn der internationalen Entspannung geführt hat. Wir sind fest davon überzeugt, daß es in diesem Jahr besonders notwendig ist, jede Bewegung zu stärken, die auf die totale Abschaffung aller Kernwaffen hinzielt, sowie die gegenwärtige Ruhe der Atomwaffenversuche zu einem dauernden Verbot der Tests werden zu lassen und das Wettrüsten durch allgemeine und vollständige Abrüstung innerhalb kurzer Frist zu beenden.

1959 war das Jahr des Tauwetters. Das Jahr 1960 beginnt damit, daß ein Gipfeltreffen geplant ist; jetzt müssen alle Kräfte angestrengt werden, um unsere Aktivität zu stärken und dafür zu sorgen, daß die gegenwärtige Entwicklung zu einem vollständigen Sieg des Friedens führt. Alle Versuche, die Feindseligkeiten und Spannungen des Kalten Krieges aufrechtzuerhalten, müssen überwunden werden; den Völkern aller Nationen muß Mut gemacht werden, die Segnungen der Koexistenz auszuprobieren.

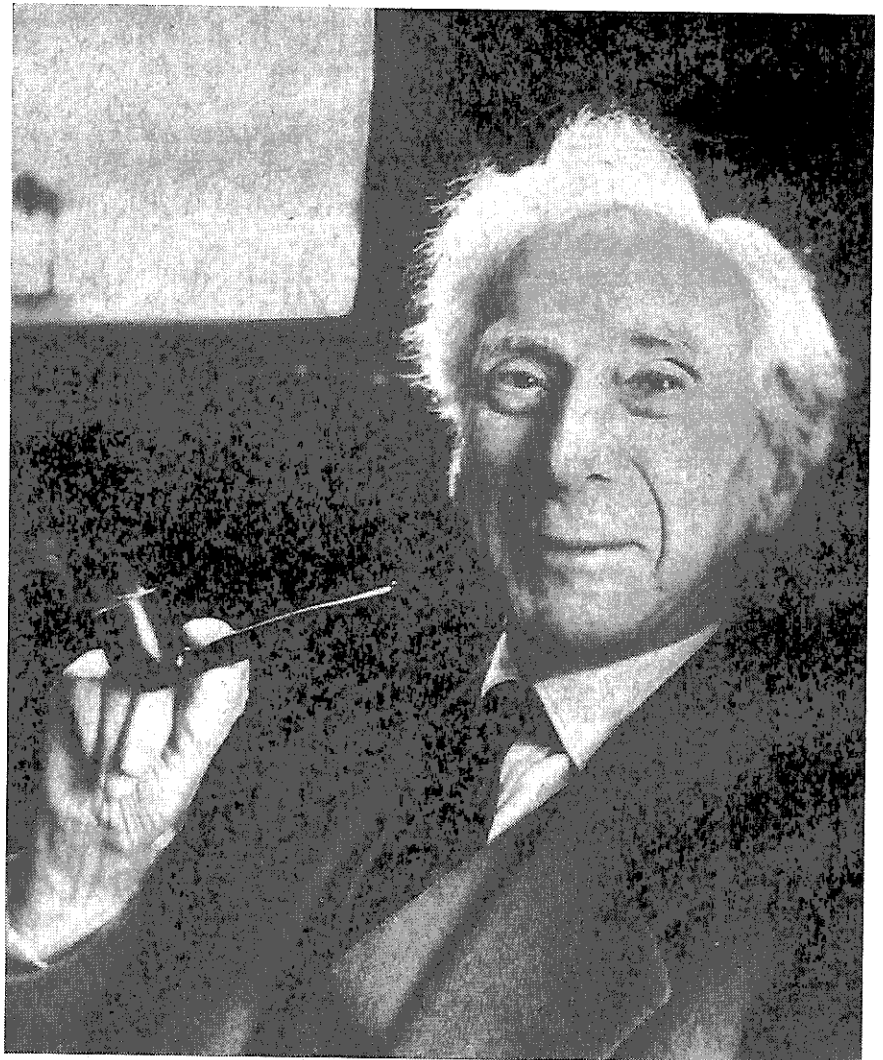
Wer in der weiten Welt den Frieden liebt, der weiß, wie notwendig diese Entwicklung ist. Es ist daher kaum nötig, daß wir die Segnungen einer umfassenden Abrüstung aufzählen, namentlich die positiven Möglichkeiten für höheren wirtschaftlichen und kulturellen Lebensstandard, der eines der Grundrechte der Menschheit ist.

Es ist dringend notwendig, daß in diesem Jahr Delegationen aus allen Ländern — ob sie Kernwaffen besitzen oder nicht — in einer Atmosphäre echten Vertrauens und mit gemeinsamer Zielsetzung zusammenkommen, einschließlich der Delegationen aus den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die früher Kolonien waren und erst kürzlich unabhängig wurden.

Wie im Jahre 1959 wird es ausreichende Möglichkeiten für alle Delegierten geben, zusammenzukommen und alle Probleme von Bedeutung zu diskutieren. Daneben werden die ausländischen Delegierten erfahren können, wie stark die japanische Massenbewegung gegen Atomwaffen ist. Japan wird einen Friedensmarsch organisieren, der in diesem Jahr größer wird als je zuvor, damit die Anstrengungen und das Interesse der Bevölkerung auf diese Konferenz hingerrichtet werden wird.

Wir fordern die Annullierung aller Militärallianzen, die in der heutigen Welt einen Anachronismus darstellen. In Japan versucht die Regierung im Gegensatz zu den weltweiten Entspannungsbemühungen, eine neue Militärallianz mit den USA zu bilden. Wir führen einen die ganze Nation umfassenden Kampf gegen dieses Vorhaben, weil damit die Möglichkeiten geschaffen werden würden, Atomwaffen in Japan einzuführen, was unser Land der atomaren Vernichtung aussetzen würde. Wir betrachten diesen Militärpakt als eine große Gefahr; wir arbeiten für eine friedliche Nation mit einer Politik des positiven Neutralismus. Aus der Mitte dieses Kampfes heraus kommen unsere Pläne für die Sechste Weltkonferenz.

Wir bitten Sie, mit Ihren Planungen sofort zu beginnen und mitzuhelfen, daß wir im August der Sache des Friedens einen nutzbringenden und erfolgreichen Dienst leisten.



Vor der „Verniedlichung“ der Atomwaffen-Gefahr warnte Lord Bertrand Russell in einem vielbeachteten Streitgespräch mit dem „Vater der Wasserstoffbombe“, Edward Teller, am 27. Februar 1960 im amerikanischen Fernsehen

# WANTED!

## EXTRA HANDS AND FEET

### FOR A JOB

### WITH

# A BIG FUTURE!

Minimum Hours — ONE  
 Wages — NIL  
 Conditions — UNCOMFORTABLE  
 Qualifications — PHYSICAL STAMINA  
 MENTAL CLARITY  
 MORAL COURAGE  
 Prospects —

## A PEACEFUL WORLD

We Are Going To Picket and Lobby Parliament Every Day to

- (1) REMIND our rulers, statesmen and politicians of the people's overwhelming desire to live in peace.
- (2) AROUSE the conscience of our fellow-citizens to their responsibility for making this desire a reality.
- (3) DEMONSTRATE that our unity in striving to achieve this purpose overrides all our political, religious and other differences.

WE SAY

## H-BOMBS MUST GO!

WHY →→

# GESUCHT!

Extra Hände und Füße  
für eine Arbeit

mit

einer großen Zukunft

Mindestarbeitszeit: 1 Stunde  
 Lohn: nichts  
 Bedingungen: unbequem  
 Voraussetzungen: körperliche  
 Widerstandskraft  
 geistige Klarheit  
 moralischer Mut

Aussichten:

## Eine friedliche Welt

Wir werden täglich vor dem Parlament eine Mahnwache durchführen, um

1. unsere regierenden Staatsmänner und Politiker an den überwältigenden Wunsch des Volkes, in Frieden zu leben, zu erinnern!
2. das Gewissen unserer Mitbürger und das Gefühl ihrer Verantwortung, daß jener Wunsch verwirklicht wird, zu schärfen,
3. die Kraft unserer Einigkeit, die beim Kampf für dieses Ziel alle unsere politischen und religiösen Differenzen überwindet, zu beweisen!

Wir sagen:

**Weg mit den H-Bomben!**

Ein Flugblatt der „Peace Picket Campaign“ (Friedens-Mahnwachen-Bewegung), das wir wegen seiner originellen Gestaltung unseren Lesern als Anregung bringen. D. Red.

### Eisenhower:

„Jede Kanone, die hergestellt wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die abgeschossen wird, ist letzten Endes Diebstahl an jenen, die hungern und nicht ernährt werden, an jenen, die frieren und nicht bekleidet werden.“

Für diese „Welt in Waffen“ verbrauchen wir nicht nur Geld. Wir verbrauchen den Schweiß unserer Arbeiter, das Genie unserer Wissenschaftler, die Hoffnung unserer Kinder.“

(16. April 1953)

### Chrustschow:

„Eine unbezahlbare Menge von Energie, Wissen, Scharfsinn und Geschicklichkeit wird in ein Faß ohne Boden geworfen, wird verschwendet für immer größer werdende Rüstungen. Wir brauchen Frieden! Wir wollen unsere ganze Wirtschaft und alle unsere Hilfsmittel friedlichen Zwecken widmen, damit wir unsere Bevölkerung mit einer Fülle von Nahrung, Kleidung, Wohnungen usw. versorgen können.“

(18. September 1959 vor der UNO)

— nach: Peace News, London —

Fotos: Keystone (5), Diamond (3),  
Zeichnungen: Thiem

Herausgeber:  
Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift:  
Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26  
Postscheckkonto: Hamburg 25 66 70  
(Karl Ludwig Opitz - Ständiger Kongreß -)

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Dr. Walter Domke, Hamburg; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster (Westf.); Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg  
Sekretär: Karl Ludwig Opitz, Hamburg  
Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg

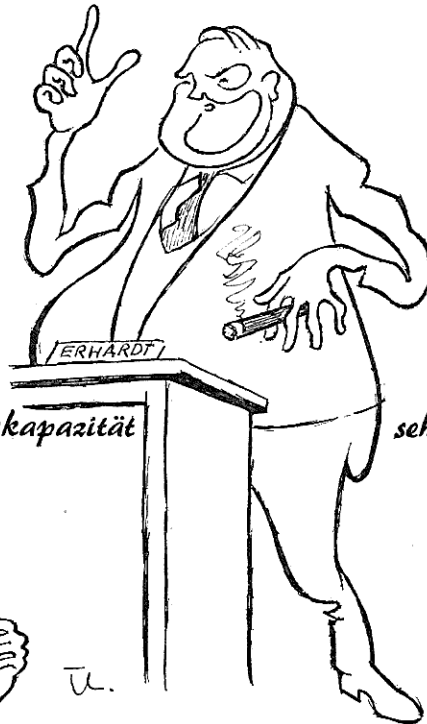
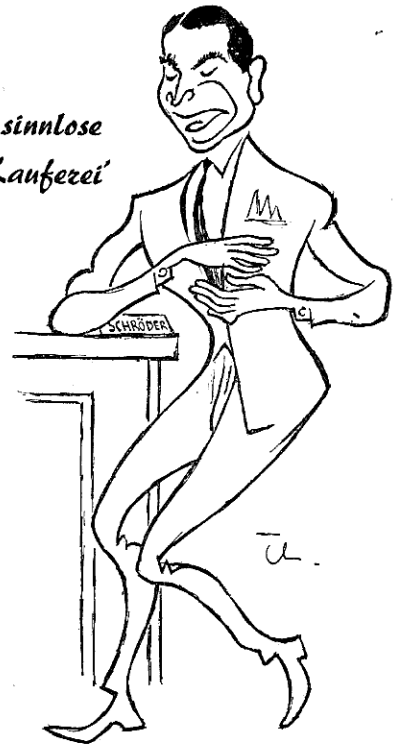
Redaktion: Peter Meier

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg  
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

Durch eine sinnvolle Selbstbeteiligung  
zur Krankenversicherung . . .



. . . wird die sinnlose  
'Onkel-Doktor-Lauferei'  
aufhören . . .

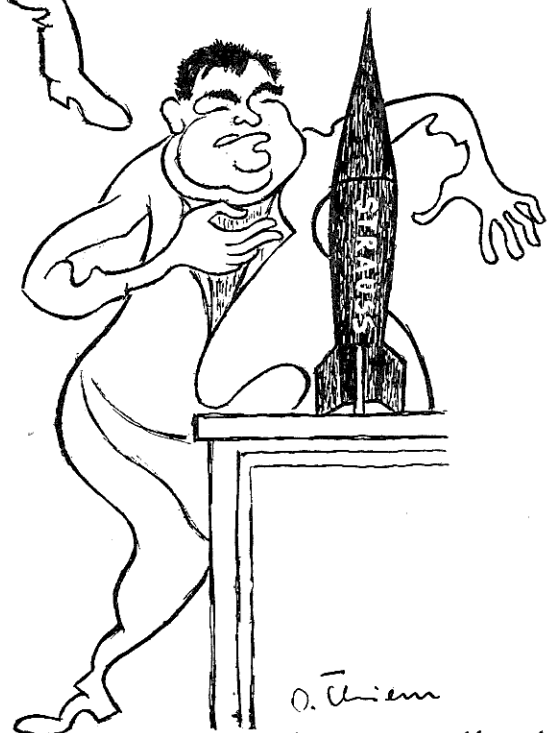


. . . was für unsere Produktionskapazität

sehr nützlich sein dürfte . . .



. . . und für den  
Steuerbeutel auch . . .



. . . wobei für mich was 'Greifbares'  
dabei herauspringen wird!